

Datum: Thu, 21 Jul 2022 12:09:58 +0200
Betreff: INFO: 1. Der Traum von Russlands Niederlage 2. Heribert Prant: Großmüligkeit ist kein gutes Rezept gegen den Ukraine-Krieg 3. Pedro Sanchez traut sich, Olaf Scholz zaudert: Besteuert endlich die Kriegsgewinnler! 4. Der Spiegel: Empörung nach CNN-Interview: Trumps Sicherheitsberater Bolton gibt zu, Umstürze in anderen Ländern geplant zu haben 5. Die Zeit: Ukraine: Haben die Amis den Maidan gekauft? / Fünf Milliarden Dollar für eine Revolution? 6. The Pioneer: Euro-Schwäche: Ursachen und Folgen des Abstiegs 7. Extradienst: Antje Vollmer: Wo sind die Realos? 8. DGB: Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2022 9. Umweltinstitut : Paralleljustiz verhindern: CETA nicht ratifizieren!
Von: Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier <buero@agf-trier.de>
An: Verborgene_Empfaenger: ;

Hallo

Guter Lesestoff von Clemens Ronnefeldt zusammengestellt

GrußMarkus

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff: 1. IPG-Journal: Barry R. Posen: Der Traum von Russlands Niederlage 2. NDR: Heribert Prant: Großmüligkeit ist kein gutes Rezept gegen den Ukraine-Krieg 3. Der Freitag: Miguel Szymanski: Pedro Sanchez traut sich, Olaf Scholz zaudert: Besteuert endlich die Kriegsgewinnler! 4. Der Spiegel: Empörung nach CNN-Interview: Trumps Sicherheitsberater Bolton gibt zu, Umstürze in anderen Ländern geplant zu haben 5. Die Zeit: Ukraine: Haben die Amis den Maidan gekauft? / Fünf Milliarden Dollar für eine Revolution? 6. The Pioneer: Euro-Schwäche: Ursachen und Folgen des Abstiegs 7. Extradienst: Antje Vollmer: Wo sind die Realos? 8. DGB: Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2022 9. Umweltinstitut: Paralleljustiz verhindern: CETA nicht ratifizieren!

Datum: Wed, 20 Jul 2022 21:03:06 +0200

Von: Clemens Ronnefeldt <c.ronnefeldt@t-online.de>

Liebe Friedensinteressierte,

nachfolgend einige Beiträge zum Ukraine-Krieg und einen Aufruf, CETA nicht zu ratifizieren:

1. IPG-Journal: Barry R. Posen: Der Traum von Russlands Niederlage

2. NDR: Heribert Prant: Großmüligkeit ist kein gutes Rezept gegen den Ukraine-Krieg

3. Der Freitag: Miguel Szymanski: Pedro Sanchez traut sich, Olaf Scholz zaudert: Besteuert endlich die Kriegsgewinnler!

4. Der Spiegel: Empörung nach CNN-Interview: Trumps Sicherheitsberater Bolton gibt zu, Umstürze in anderen Ländern geplant zu haben

5. Die Zeit: Ukraine: Haben die Amis den Maidan gekauft? / Fünf Milliarden Dollar für eine Revolution?

6. The Pioneer: Euro-Schwäche: Ursachen und Folgen des Abstiegs

7. Extradienst: Antje Vollmer: Wo sind die Realos?

8. DGB: Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2022

9. Umweltinstitut: Paralleljustiz verhindern: CETA nicht ratifizieren!

1. IPG-Journal: Barry R. Posen: Der Traum von Russlands Niederlage

Das IPG-Journal wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/der-traum-von-russlands-niederlage-6078/?utm_campaign=de_40_20220720&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Europa

18.07.2022

Barry R. Posen

Der Traum von Russlands Niederlage

Militärisch kann die Ukraine nicht gegen Russland gewinnen, glaubt Barry Posen.

Der Westen muss sich deshalb für eine Verhandlungslösung einsetzen.

(...)

Niemand kann mit Gewissheit sagen, ob die russische Armee durch erbitterte Gegenwehr oder kluges Agieren nicht doch geschlagen werden könnte oder ob die Ukraine ihr so schwere Verluste beibringen könnte, dass Putin aufgeben müsste. Beides ist allerdings höchst unwahrscheinlich.

Am wahrscheinlichsten ist im Augenblick eine Pattsituation, bei der sich auch nach monatelangen oder jahrelangen Kämpfen wenig an den gegenwärtigen Kampflinien ändert.

In den kommenden Monaten und Jahren werden sowohl Russland als auch die Ukraine viel erleiden und letztlich nicht viel mehr erreichen als das, was sie bereits erreicht haben:

für Russland überschaubare Gebietsgewinne, die wie Pyrrhussiege wirken, und für die Ukraine eine starke, unabhängige und souveräne Regierung, die den größten Teil des Vorkriegsterritoriums kontrolliert.

Irgendwann werden die beiden Länder es wohl für ratsam halten, sich an

den Verhandlungstisch zu begeben. Dabei werden beide einsehen müssen, dass es um wirkliche Verhandlungen gehen sollte und jede Seite etwas für sie Wertvolles wird aufgeben müssen.

Wenn dies das wahrscheinlichste Endresultat ist, macht es wenig Sinn, dass die westlichen Länder noch mehr Waffen und Geld in einen Krieg stecken, der mit jeder Woche mehr Tod und Zerstörung bringt.

(...)

Eine Lösung des Krieges auf dem Verhandlungsweg wäre zweifellos schwer zu erreichen, aber die Konturen einer Einigung sind bereits erkennbar.

(...)

Eine entscheidende Voraussetzung für eine diplomatische Lösung wäre, dass die USA eine Führungsrolle übernehmen. Da die Vereinigten Staaten der wichtigste Geldgeber der Ukraine sind und den wirtschaftlichen Druck des Westens auf Russland organisieren, haben sie den größten Einfluss auf beide Parteien.

Diese Grundpositionen zu formulieren, ist leichter, als sie in einem Abkommen konkret festzuschreiben. Gerade deshalb sollten die Verhandlungen eher früher als später beginnen.

Die theoretischen Siegeszenarien der Ukraine und des Westens stehen argumentativ auf schwachen Füßen. Im besten Fall führen sie zu einer schmerzhaften Pattsituation, die einen hohen Preis fordert und bei der ein großer Teil des ukrainischen Staatsgebiets in russischer Hand bleibt.

Wenn dies das Maximum ist, was von weiteren monate- oder jahrelangen Kämpfen zu erhoffen ist, dann gibt es nur eine Möglichkeit, verantwortungsvoll zu handeln: eine diplomatische Beendigung des Krieges anzustreben – und zwar jetzt.

Barry R. Posen ist Ford International Professor für Politikwissenschaft am MIT und emeritierter Direktor des MIT Security Studies Program.

2. NDR: Heribert Prant: Großmüligkeit ist kein gutes Rezept gegen den Ukraine-Krieg

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/kommentare/Kommentar-Grossmaeuiligkeit-ist-kein-gutes-Rezept-gegen-den-Ukraine-Krieg,ukraine2966.html>

Stand: 17.07.2022 06:00 Uhr

Kommentar:

Großmüligkeit ist kein gutes Rezept gegen den Ukraine-Krieg

Bleibt der Gashahn zu? Wird Russland wieder Gas liefern oder nicht?

Fragen, die für Deutschland geradezu existentiell sind. Genau wie die

Frage, wer die härteren Sanktionsmittel zur Hand hat. Der Aggressor Russland oder Deutschland, das die Ukraine unterstützt?

Ein Kommentar von Heribert Prantl, Kolumnist und Autor der "Süddeutschen Zeitung"

Noch ist Juli, noch ist es heiß, normalerweise denkt in dieser Hitze niemand an den Winter. Diesmal ist es anders. Diesmal fröstelt es einen, wenn man daran denkt, dass in drei Monaten die Heizperiode beginnt und in fünf Monaten der Winter.

Im schlimmsten Fall drohen Deutschland Bilder und Zustände, wie man sie seit der Nachkriegszeit nicht mehr erlebt hat. Im schlimmsten Fall stehen Fabriken still, im schlimmsten Fall bleiben Millionen von Wohnungen eiskalt. Im schlimmsten Fall drohen Deutschland Katastrophenmonate, wie sie das Land seit dem Hungerwinter von 1946/47 nicht mehr erlebt hat.

(...)

Ohne das Gas aus Russland droht Deutschland eine schwere Rezession

Und heute? Das ganze Land bangt, ob Putin den Gashahn der Gasleitung Nord Stream 1 nach Deutschland abdreht beziehungsweise den Hahn nach der Reparatur gar nicht mehr aufdreht. Ersetzen lässt sich das russische Erdgas nur mittelfristig, der Energieträger Erdgas überhaupt lässt sich nur langfristig ersetzen. Ohne das Gas droht Deutschland eine schwere Rezession.

Das Bangen und Barmen, ob Putin und der Kreml sich als gnädig erweisen und das Gas liefern - dieses Bangen und Barmen erstaunt schon sehr, wenn man sich daran erinnert, dass deutschland- und europaweit noch vor einigen Wochen darüber diskutiert wurde, ob man die russischen Gaslieferungen nicht komplett boykottieren sollte.

Jetzt, wenige Wochen später, hat man den Eindruck, dass bei solchen westlichen Drohungen und bei dem Sanktionsregime gegen Russland einige Großmäuligkeit im Spiel war. Das "Handelsblatt" schrieb: Als hätte sich Putin von den Winterkatastrophen-Szenarien inspirieren lassen, "hat er nun den Spießumgedreht".

Empörung über Putins Gas-Drosselung ist Heuchelei

Der völlige Stopp der Gaslieferungen sei Teil der russischen Strategie, "unsere Einheit zu untergraben", sagt Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Das ist nicht ganz richtig so; es war und ist Teil der westlichen Strategie, russische Exporte komplett zu unterbinden.

Es war das westliche Kalkül, mit den Sanktionen Russland schwer zu schaden. Nun könnte sich herausstellen, dass die Sanktionen beziehungsweise deren Folge- und Kollateralschäden jedenfalls Deutschland schwerer schaden als Russland.

Man kann diese Schäden als Preis für die Gegenwehr gegen Putins Verbrechen akzeptieren - aber dann muss die deutsche Politik das offen kommunizieren. Sie kann nicht so tun, als ob sie von Putins Reaktion auf die westlichen Sanktionen völlig überrascht worden wäre.

Sie konnte nicht erwarten, dass Putin sich für die Sanktionen und Boykotte mit üppigen Gaslieferungen bedankt. Die Empörung über Putins Aggressionsverbrechen ist ungeheuer wichtig und berechtigt. Die Empörung über Putins gedrosselte Gaslieferungen aber ist Heuchelei.

Die Spirale von Sanktionen beendet den Krieg nicht

Es gab und gibt im Westen ursprünglich die Erwartung oder jedenfalls die Hoffnung, dass die Sanktionen in Russland eine Stärkung der dortigen Opposition bewirken. Aber es ist das Gegenteil der Fall; sehr viele Menschen in Russland fühlen sich von den westlichen Sanktionsstaaten angegriffen und gedemütigt - und binden sich noch stärker an Putin als bisher.

Was tun? Noch mehr Sanktionen? Ich sehe nicht, dass die Spirale von Sanktionen und Gegensanktionen, ich sehe nicht, dass die Auflösung von Institutionen hier und dort, dass die gegenseitige Ausweisung der Diplomaten helfen könnte, den Krieg zu beenden oder wenigstens zu verkürzen.

Irgendjemand wird die Gespräche, die zur Beendigung des Krieges führen, ja führen müssen. Irgendjemand wird dafür sorgen müssen, dass es dann friedlich weitergeht. Wer soll das tun, das frage ich mich, wer soll diese Gespräche vorbereiten, wenn alle Gesprächskanäle zugeschüttet sind?

Ich glaube, dass wir, bei aller Verurteilung des Putin-Kriegs, herauskommen müssen aus der Sanktionsspirale.

3. Der Freitag: Miguel Szymanski: Pedro Sanchez traut sich, Olaf Scholz zaudert:

Besteuert endlich die Kriegsgewinnler!

<https://www.freitag.de/autoren/pep/spanien-besteuert-kriegsgewinne-von-oel-und-ruestungsfirmen-deutschland-zaudert>

18.7.2022

Pedro Sanchez traut sich, Olaf Scholz zaudert:

Besteuert endlich die Kriegsgewinnler!

Übergewinnsteuer Spanien und Italien machen es vor, die Ampel-Koalition redet sich mit dem „Standort“ raus: Dabei ist es das Mindeste, Krisengewinne von Öl- und Rüstungsfirmen abzuschöpfen

Miguel Szymanski

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez (PSOE) hat es letzte Woche im Parlament angekündigt: Die „Kriegsgewinne“ von Banken und Energiekonzernen in Spanien sollen zusätzlich besteuert werden.

In den Meldungen über diese bahnbrechende politische Entscheidung

wurde auf dem Nachrichtenportal der ARD-Tagesschau oder im Spiegel „Kriegsgewinne“ vorsichtshalber mit Anführungsstrichen versehen. Als fühlten sie sich verpflichtet, etwas Fragwürdiges an dem Anlass des Beschlusses zu signalisieren: die spekulativen Kriegsgewinne halt.

Anfang Juli noch hatte der Bundesrat die Initiative von Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen „zur Besteuerung sogenannter Übergewinne“ abgelehnt.

Tatsächlich hat sich der spanische Regierungschef letzte Woche mit seiner Initiative einer zunächst zweijährigen Sondersteuer profiliert. Das hatte der PSOE-Politiker nötig, aber zumindest brachte Sanchez den notwendigen Mut auf:

„Das Leiden vieler“ dürfe nicht „der Gewinn Einzelner“ sein, sagte er in der Debatte zur Lage der spanischen Nation im Madrider Parlament.

Diese steuerlichen Mehreinnahmen sollen zukünftig den „Arbeitern und der Mittelschicht zugutekommen“.

Die Ampel will die Hand nicht beißen, die sie füttert

Westliche Kriegsgewinner in der Wirtschaft zur Kasse zu bitten, ist für das politische Establishment in Deutschland ein rotes Tuch. Die üblichen Apologeten der Deutschland AG, die in ihrer derzeitigen Neuauflage besondere Rücksicht auf unter der Last immenser Profite ächzender Unternehmen wie Exxon, Chevron oder Shell nehmen müsse, sehen das große Ganze.

Und diese ganz große Politik beißt in Deutschland ungern die Hand, die sie füttert. In der farblichen Mitte der Ampelkoalition wurde sofort argumentiert, eine Besteuerung der Übergewinne mache „den Standort Deutschland kaputt“. In der Farbpalette der Ampel blinkt das Licht inzwischen vor allem für mehr Militäranstrengungen grün, oben ist die rote Birne lange defekt. In Deutschland scheint das Motto zu sein: „Der Gewinn Einzelner wird eines schönen Tages gütig auf das Leiden Vieler herabrieseln“.

Meine katalanische Großmutter wäre nicht unbedingt über meine Zustimmung für die Maßnahmen der spanischen Zentralregierung begeistert. Tatsächlich stehen den möglichen steuerlichen Einnahmen aus den Kriegsgewinnen von Geldinstituten und Energiekolossen in Höhe von bis zu 3,5 Milliarden Euro im spanischen Haushalt drei- bis vierfach so hohe Mehrausgaben für Rüstung und die Armee gegenüber, zu denen sich der spanische Premierminister während des letzten Nato-Gipfels in Madrid verpflichtet hat.

Dass dieselbe EU, die auf Geheiß der Vereinigten Staaten einen Regimewechsel in Venezuela mitgetragen hat und forcieren wollte, nun das Doppelte für Diesel und Benzin oder das Zehnfache für Gas zahlen muss, weil sie einem Regimewechsel in Europa widerstehen will, entbehrt nicht einer bitteren Ironie.

Jeder Tag, den der Krieg länger dauert, der das Leid der Ukrainer, die Verarmung der Europäer und die Verelendung der Dritten Welt verlängert, ist ein Bombengeschäft für die Gas- und Mineralölkonzerne und die Rüstungsindustrie der Vereinigten Staaten.

Während der russische Präsident Wladimir Putin die Ukraine brutal erobert, sichert sich der amerikanische Präsident Joe Biden zynisch

den europäischen Energiemarkt für seine Klientel in den fossilen Energiefirmen.

„Der rote Pedro“ macht zumindest ein Pflaster auf die offene Wunde der spanischen Bevölkerung. Deutschland hingegen traut sich nicht, sondern versucht die Energiekrise artig und marktwirtschaftlich linientreu auszusitzen.

Sehenswert zu diesem Thema auch „Die Anstalt“ vom 19.7.2022:

<https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt>

Zum angesprochenen Thema Regimewechsel in Venezuela:

4. Der Spiegel: Empörung nach CNN-Interview: Trumps Sicherheitsberater Bolton gibt zu, Umstürze in anderen Ländern geplant zu haben

Empörung nach CNN-Interview

Trumps Sicherheitsberater Bolton gibt zu, Umstürze in anderen Ländern geplant zu haben

https://www.spiegel.de/ausland/john-bolton-donald-trumps-sicherheitsberater-gibt-zu-umstuerze-in-anderen-laendern-geplant-zu-haben-a-86dd7841-3921-498d-bc83-a1bc9a774764?ara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjflf0DZCxpPYDCQgO1dEMph

Empörung nach CNN-Interview

Trumps Sicherheitsberater Bolton gibt zu, Umstürze in anderen Ländern geplant zu haben

Eigentlich wollte John Bolton dem Ex-US-Präsidenten attestieren, dass der Sturm aufs Kapitol kein geplanter Coup war. Dabei verplapperte sich der frühere Trump-Berater allerdings – der Aufschrei ist groß.

14.07.2022, 11.12 Uhr

Trumps ehemaliger Sicherheitsberater John Bolton hat zugegeben, beim Vorbereiten von Regierungsumstürzen mitgewirkt zu haben. Es sei »eine Menge Arbeit«, einen Putsch zu organisieren, sagte Bolton im US-Sender CNN, und er sage das »als jemand, der geholfen hat, Coup d'Etats zu planen, nicht hier, aber an anderen Orten«.

(...)

Mitmischen in Venezuela

Bolton war einst ein Vertrauter Trumps, zwischen den beiden kam es jedoch später zum Bruch. Seit seinem Rauswurf aus dem Weißen Haus 2019 fiel der frühere Sicherheitsberater mit kritischen Äußerungen über Trump auf. Im Vorfeld der Präsidentenwahl 2020 warnte er auch vor einer zweiten Amtszeit des Republikaners.

Im CNN-Interview weiter zu seiner Coup-Erfahrung befragt, reagierte Bolton ausweichend. Er werde nicht ins Detail gehen, sagte der Sicherheitsberater, führte dann aber den gescheiterten Regierungswechsel in Venezuela an. »Das stellte sich als nicht erfolgreich heraus.«

2019 hatte Bolton die venezolanische Gegenregierung von Juan Guaidó öffentlich unterstützt. Guaidó hatte mithilfe von Söldnern versucht, das Regime von Nicolás Maduro zu stürzen – scheiterte aber. (...)

—

Hier der Link zum Original-Interview: Tapper and Bolton debate Trump's ability to plan a coup

<https://edition.cnn.com/videos/politics/2022/07/12/jake-tapper-john-bolton-debate-january-6-coup-attempt-sot-lead-vpx.cnn>

—

5. Die Zeit: Ukraine: Haben die Amis den Maidan gekauft? / Fünf Milliarden Dollar für eine Revolution?

<https://www.zeit.de/2015/20/ukraine-usa-maidan-finanzierung>

Ukraine: Haben die Amis den Maidan gekauft?

Die USA gaben in der Ukraine über Jahrzehnte Milliarden aus. Wohin floss das Geld?

Von Alice Bota und Kerstin Kohlenberg

17. Mai 2015

(...)

https://www.zeit.de/2015/20/ukraine-usa-maidan-finanzierung/seite-2?utm_referrer=https%3A%2F%2Fduckduckgo.com%2F

Ukraine: Haben die Amis den Maidan gekauft?

Seite 2/3:

Fünf Milliarden Dollar für eine Revolution?

Von fünf Milliarden Dollar an die Ukraine sprach die amerikanische Staatssekretärin für Außenpolitik, Victoria Nuland, in einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Kiew am 28. Januar 2014. (...)

6. The Pioneer: Euro-Schwäche: Ursachen und Folgen des Abstiegs

<https://www.thepioneer.de/originals/thepioneer-briefing-business-class-edition/briefings/20220714>

Euro-Schwäche: Ursachen und Folgen des Abstiegs

Donnerstag, 14.07.2022

(...)

Die europäische Gemeinschaftswährung verliert gegenüber dem Dollar permanent an Wert. Gestern fiel der Euro auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren und hat das erste Mal seit zwei Dekaden die Parität unterschritten.

Seit Jahresbeginn beträgt das Minus 12 Prozent und seit dem Höchststand vom April 2008 unglaubliche 36 Prozent. (...)

7. Extradienst: Antje Vollmer: Wo sind die Realos?

<https://extradienst.net/2022/07/14/wo-sind-die-realos/>

Wo sind die Realos?

14. Juli 2022

Antje Vollmer / Berliner Zeitung

mit Update 16.7.

Zweifel an der Sanktionspolitik gegen Russland –Konzerne verlassen Russland und China. Die Verluste sind unschätzbar und haben mindestens zehn Jahre Chaos und Wirtschaftskrisen zur Folge.

Warum tut der Westen sich das an?

Die Berliner Zeitung debattiert über die Folgen von Russlands Angriffskrieg in der Ukraine. Wie sollte Europa, wie sollte Deutschland weiter agieren? Wie kann man der Ukraine helfen? Welche Konsequenzen sind wir als Gesellschaft bereit zu tragen?

In den nächsten Wochen erscheinen an dieser Stelle verschiedene Meinungsbeiträge aus unterschiedlichen Perspektiven. Der Gastbeitrag „Zweifel an der Sanktionspolitik gegen Russland“ wurde von der Gastautorin Antje Vollmer verfasst.

Vielleicht bin ich ja die Einzige, die allmählich beginnt, den immer gleichen Beteuerungen von der neuen Geschlossenheit und der nie da gewesenen Stärke des Westens nicht mehr zu glauben. Während sich die Gipfeltreffen von EU, G7, Nato, G20 regelrecht jagen und immer neue Posterbilder von schulterklopfenden, von ihrer Mission beflügelten

Staatsmännern und -frauen täglich über alle Kanäle flimmern, kommt mir das Ganze allmählich so vor wie das Pfeifen im Walde.

Ich höre: Wir leben in einer „Zeitenwende“, die dieses Vorgehen alternativlos macht. Das sogenannte Neue an dieser Wende ist aber dem Begriff nach zu schillernd, als dass es einen eindeutigen Sinn ergeben würde. Es lohnt sich also, darüber nachzudenken.

Zum Vergleich: 1990 gab es eine echte Zeitenwende, weil die bis dahin geltende Ordnung der Welt, die Teilung in zwei Blocksysteme, die sich mit gegenseitiger atomarer Bedrohung in Machtbalance hielten, auf erstaunlich gewaltfreie Weise aufgelöst wurde.

Heute wird behauptet, seitdem gäbe es eine neue „regelbasierte Ordnung der Welt“, die nur der Diktator im Kreml mit seinem ohne Zweifel völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zerstört habe. Weswegen eben alle aufrechten Demokratien der Welt nun fest zusammenhalten müssten, um diese Ordnung zu verteidigen gegen die am Horizont drohenden neuen Autokratien.

So erheben sich aus der blutigen Tragödie eines Krieges die neue Daseinsberechtigung der Nato und der neue Führungsanspruch des Westens wie Phönix aus der Asche – sie erscheinen als die Essenz dieser Wende-Legende.

„Welchen Platz bietet das Nach-Kalte-Kriegs-Europa den Russen?“

Drei Gründe sprechen gegen diese These. Erstens ist der russische durch nichts zu rechtfertigende Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht der erste Krieg, der nach 1990 gegen die Regeln des Völkerrechts geführt wurde (Kosovo, Irak). Das macht die Sache keineswegs besser, aber sollte doch etwas die Rhetorik des Epochenbruchs bremsen.

Zweitens ist es gerade das größte Versäumnis der Jahre nach 1990, dass keine neue europäische Sicherheitsordnung formuliert wurde, die sowohl den neuen postsowjetischen Demokratien als auch dem damals noch demokratischen Russland einen angemessenen Platz in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem vermittelt hätte.

Es gab nie eine Antwort auf die durchaus berechtigten Fragen von Gorbatschow, Jelzin, Putin und Medwedew: „Welchen Platz bietet das Nach-Kalte-Kriegs-Europa eigentlich den Russen in dieser Nachkriegswelt an?“

Europa hat nach 1990 keine haltbare Form gefunden, die den Namen Friedensordnung verdient hätte. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich hat deswegen zu Recht festgestellt: „Wir werden es einmal vor unseren Kindern zu verantworten haben, dass wir ihnen keine bessere Welt hinterlassen haben.“

Die große Auseinandersetzung mit China

Zum Dritten: Gerade weil die echte Zeitenwende von 1990 keine haltbare Friedensordnung hervorgebracht hat, markiert das Postulat einer heutigen Zeitenwende wohl eher die Rückkehr zum alten Elend der Blockkonfrontation und ihrer Logik der wechselseitigen gegenseitigen Bedrohung.

Da sich aber nichts im Leben einfach nur wiederholt, erscheint diese neue mentale Aufrüstung noch gefährlicher –geht es doch diesmal nicht nur um die „größte Bedrohung der Nato durch Russland“ (Generalsekretär Stoltenberg), sondern um die ganz große zukünftige Auseinandersetzung mit China.

Die wundersame Auferstehung der Daseinsberechtigung der Nato als Sinn und Zweck der Zeitenwende ist also Teil einer Strategie, die erneut die Welt mit dem schärfsten aller Schwerter, mit dem der Ideologie, zerteilt.

Wir, die wir fassungslos und oft hilflos einer Kriegskatastrophe mit Tausenden von Opfern zusehen, die im Verlauf immer deutlicher zu einem klassischen Stellvertreterkrieg zwischen Russland und dem Westen wird, werden aber stündlich ermahnt, nicht vom fahrenden Zug abzuspringen, uns nicht vom Kriegsherrn im Kreml aufspalten zu lassen – denn das Volk der Ukraine kämpfe schließlich für uns alle, für unsere Freiheit.

„Sie sterben für Europa, sie haben verdient, den europäischen Traum mit uns zu leben“ (so Ursula von der Leyen, die sprachlich gern übergriffig wird).

Welche Dinge zur Verschärfung des Konflikts beigetragen haben

Der Charakter dieses Krieges als völkerrechtswidriger Angriffskrieg und seine mediale Bearbeitung suggerieren, dass wir, der Westen, nur Helfer, Retter und Unterstützer in einer gerechten Sache sind.

So vernebelt sich, dass wir Partei sind, nicht nur mit unseren Sympathien für die angegriffene Nation. Wir haben eigene Interessen und Machtoptionen im Spiel.

Wir werden gerade durch eine umfassende moralische Aufrüstung und Dauerbeschallung immer tiefer hineingezogen in die geopolitische Schlachtordnung, die in Zukunft offenbar ausgefochten werden soll: Freiheit gegen Tyrannei, Demokratie gegen Autokratie und Despotie, Gut gegen Böse, der Westen gegen Russland und China.

Wenn dieser Krieg eines fernen Tages zu Ende sein wird, werden wir vermutlich Jahrzehnte über die Frage seiner Anlässe, seiner Alleinschuld und seiner Ursachen diskutieren und darüber, ob er wirklich eine „Zeitenwende“ war oder nur ein weiterer Krieg in der Reihe von Weltkatastrophen, die alle aus der Unfähigkeit der großen Mächte entspringen, eine multipolare Welt zu begründen, die wirklich getragen wird von den Friedensregeln der Uno, von gegenseitigem Respekt vor unterschiedlichen Traditionen und kulturellen Gesellschaftsvorstellungen.

Heute aber können wir bereits sehen, dass zwei Dinge erheblich zur Verschärfung des Konfliktes beigetragen haben.

Zweifel sind angebracht

– Die irrige Ansicht, der Westen sei als „Sieger“ aus der Zeit des Kalten Krieges hervorgegangen und nunmehr seien seine Regeln und Werte das heimliche Sehnsuchtsziel aller Völker der Welt.

Dazu muss man nur einmal das Interview ansehen, das ein Greenhorn von

ZDF-Journalist mit der wunderbar souveränen südafrikanischen Außenministerin Naledi Pandor während des G7-Treffens auf Schloss Elmau gehalten hat (27.6.22).

Das war zum Fremdschämen peinlich – und zugleich ein definitiver Beleg, dass eine bestimmte moralische Erpressung bei vielen Staaten der Welt, die alle ihre schmerzhaften Erfahrungen mit dieser westlichen Weltüberlegenheit haben, nicht mehr verfängt.

– Das inzwischen aus jedem Maß geratene Sanktionssystem, mit dem man das Einhalten der einmal selbst postulierten Regeln weltweit durchzusetzen versucht.

Diese Form der politischen schwarzen Pädagogik kommt allmählich an die Grenzen ihrer Wirksamkeit – und genau das scheint ein Grund für die ständige Warnung zu sein, hier dürfe doch ja keiner aus der Reife tanzen oder gar zu zweifeln beginnen.

Aber genau dieser Zweifel und eine öffentliche Debatte sind jetzt angebracht, um größeren Schaden von Europa abzuwenden.

„Wandel durch Annäherung“

Dabei lässt sich durchaus das Anfangsmotiv dieser Sanktionspolitik verstehen. Man wollte in akuten Krisen und geopolitischen Konflikten Widerstand gegenüber den Handlungen mancher Staaten organisieren und scheiterte damit nicht selten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Veto von Russland oder China.

Gleichzeitig wurde der Weg, dann eben eine militärische Aktion – gestützt auf die Nato oder eine „Koalition der Willigen“ wie im Irak, in Afghanistan, Syrien, Libyen – zunehmend nicht mehr von Erfolg gekrönt. Sie endeten in Niederlagen, endlosen Stellvertreterkriegen und mit der Destabilisierung ganzer Weltregionen.

So griffen die USA und die ökonomisch bestimmenden Staaten zum Mittel der Sanktionen. Sanktionen sind aber keineswegs ein Instrument gewaltfreier Politik.

Wirtschaftliche Sanktionen sind Instrumente des Wirtschaftskrieges und bergen immer die Gefahr in sich, dass der Konflikt zur offenen militärischen Konfrontation eskaliert, was sich an den aktuellen Sanktionen gegen Russland deutlich abzeichnet.

Ein kurzer Blick zurück: Während der Zeit des Kalten Krieges waren Sanktionen als Mittel internationaler Konfliktaustragung nicht üblich.

Weder auf den Aufstand des 17. Juni oder den Mauerbau in Berlin, weder auf den Ungarn-Aufstand, den Einmarsch des Warschauer Paktes in Prag noch auf die Niederschlagung der polnischen Widerstandsaktionen der Solidarnosc wurde mit Wirtschaftssanktionen reagiert.

Ganz im Gegenteil und fast paradox: Damals entstanden die Grundideen einer auf realpolitische Nüchternheit gegründeten Entspannungspolitik, die gerade in einer wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen blockübergreifenden Vernetzung eine Hoffnung auf „Wandel durch Annäherung“, auf Überwindung der Spannungen und Zutrauen auf eine Reformpolitik auch jenseits des Eisernen Vorhangs vermuteten.

Das war kühn gedacht, immer von Misstrauen begleitet und medial heftig umstritten. Aber es war am Ende äußerst erfolgreich und endete mit der Ära Gorbatschow.

Angst macht sich breit, die Inflation treibt die Lohn-Preis-Spirale an

Ein Konzept von gleichem Mut, von gleicher Weitsicht fehlt heute völlig. Die EU-Kommission sitzt inzwischen an der Planung des siebten (!) Sanktionspakets – ohne auch nur einmal zu verifizieren, ob diese Methode denn die erwünschte Wirkung erzeugt.

Es ist eine Wirtschaftspolitik der verbrannten Erde. Realpolitische und wirtschaftliche Vernunft mahnt längst, dass die Folgen dieser expansiven Sanktionspolitik immer stärker uns selbst und die eigene wirtschaftliche Stabilität gefährden.

Das eingeschüchterte Volk wird ermahnt, mitzuhelfen und kürzer zu duschen. Angst macht sich breit, die Inflation treibt die Lohn-Preis-Spirale an, nicht nur im Energie- und Chemiesektor drohen Insolvenzen und Arbeitslosigkeit.

Deutschland mit seiner rohstoffabhängigen und exportorientierten Industrie ist besonders gefährdet, und seine führenden Politiker wissen das auch.

Die Instabilität der Lieferketten kommt hinzu. Genau genommen erleben wir in unseren wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland und China jetzt bereits ein hochriskantes Weltexperiment mit ungewissem Ausgang.

In den letzten 30 Jahren sind infolge der ungebremsten Globalisierung unzählige wirtschaftliche Querverbindungen, Austausch von Waren und Know-how, Partnerschaften jeder Art zwischen West und Ost geknüpft worden.

Jetzt wird mit der Drohung von Sanktionen, Enteignungen, Zollschränken dieses ganze weltumfassende Gewebe von Rohstofflieferungen, Zulieferketten, Handelswegen wie mit einer Axt zerteilt.

Viele Konzerne verlassen unter der erpresserischen Knute aktueller und drohender Sanktionen Russland und China. Die materiellen und immateriellen Verluste sind unschätzbar.

Im Endergebnis werden wir auch wirtschaftlich später einmal zwei völlig getrennte Welten haben: die asiatisch-russische und die westliche. Aber bis diese Trennung einer bisher funktionierenden gemeinsamen Weltökonomie vollzogen ist, wird es mindestens zehn Jahre Chaos und unendliche Wirtschaftskrisen geben.

Wer kann das ernsthaft sehenden Auges und klaren Verstandes wollen? Und wer ist sich so sicher, dass Afrika, Lateinamerika, der Nahe Osten, Südamerika dann auf unserer Seite des geteilten Globus andocken wollen?

Es gibt keine Alternative zur Realpolitik

Ich verstehe das Dilemma der aktuellen Politik. Ich verstehe sogar, dass sie sagt: Das alles hat uns Putin aufgezwungen. Aber das ist eben

nur die halbe Wahrheit.

Noch sind wir selbst Herren unserer politischen Entscheidungen. Wir müssen nicht aus Angst vor dem moralischen Tod Selbstmord begehen.

Es gibt keine ernsthafte Alternative zu nüchterner Realpolitik. Wir leben in einer Welt und auf einem Kontinent. Der Traum der demokratisch-moralischen Weltmission des Westens hat einerseits viel liebenswerten Enthusiasmus, andererseits viel Doppelmoral und politische Unvernunft befördert.

Die Aufgabe des Augenblicks ist, den fahrenden Zug Richtung Eskalation anzuhalten, nachzudenken und wieder ins Gespräch zu kommen.

Wo ist die Bewegung der blockfreien Staaten?

Wo sind die diskreten Emissäre aus Frankreich und Deutschland vom Kaliber eines Egon Bahr, die erst einmal dauerhaft ihre Zelte in Moskau und in Kiew aufschlagen, um zu sehen, wo es einen Ausweg geben könnte?

Wo ist die Delegation der Uno, die mit einem Mandat der Vollversammlung das Gleiche versucht? Wer greift das durchaus überzeugende Konzept einer Experten-Kommission auf, die im Vatikan getagt und Bedingungen für einen Waffenstillstand erkundet hat?

Wo ist die Debatte über dieses Papier in den deutschen Leitmedien? Wo ist eine neue Bewegung der blockfreien Staaten, gestützt auf die wichtigen und bevölkerungsreichen Länder, die sich in der Uno bei der Resolution gegen Russland enthalten haben?

Es stimmt nicht, dass es angesichts dieses Krieges keine Alternativen zur Sanktionspolitik gibt. Es wird nicht einfach, das Steuer herumzureißen.

Zu viele waren beteiligt am Weg in die falsche Richtung. Aber sage keiner, die Bevölkerung würde einen solchen Ausweg nicht unterstützen. Das Gegenteil ist der Fall: Alle warten endlich auf ernsthafte Verhandlungen.

Antje Vollmer war Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Grünen-Politikerin, sie ist Mitglied in der Gruppe „Neubeginn“, einem Kreis linker Intellektueller, Schriftsteller und Politiker aus Ost und West (Ingo Schulze, Daniela Dahn, Micha Brie, Gabi Zimmer, Peter Brandt, Dieter Klein). (...)

—

8. DGB: Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2022

<https://www.dgb.de/termine/++co++8acfd9f4-01e1-11ed-8b48-001a4a160123>

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag am 1. September 2022

Für den Frieden! Gegen einen neuen Rüstungswettlauf! Die Waffen müssen endlich schweigen!

„Nie wieder Krieg!“ – das ist und bleibt die Grundüberzeugung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit.

Aus dieser Überzeugung unterstützen wir die Friedensbewegung mit unserer gewerkschaftlichen Kraft.

(...)

Mit unseren Aktionen und Kundgebungen am diesjährigen Antikriegstag warnen wir vor einer weiteren Militarisierung der Debatte.

Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen. Hinzu kommt, dass jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, an anderer Stelle zu fehlen droht.

Die Finanzierung militärischer Friedenssicherung darf weder auf Kosten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen und die soziale Ungleichheit in unserem Lande verschärfen. Noch darf sie dazu führen, dass die dringenden Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation ausbleiben. Deshalb wollen wir ein Zeichen setzen:

- für eine europäische und internationale Friedensordnung, die auf den Menschenrechten und den Prinzipien der Freiheit, der Selbstbestimmung und der sozialen Gerechtigkeit beruht. Die Bundesregierung fordern wir auf, ihren im Koalitionsvertrag formulierten Anspruch einer wertebasierten deutschen Außenpolitik konsequent umzusetzen.
- für eine kooperativ ausgerichtete Sicherheitspolitik, die weit über militärische Friedenssicherung hinausgeht.

Auch der nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung muss ein breites Sicherheitsverständnis zugrunde liegen, das zentrale Aspekte, wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels, die Bekämpfung von Pandemien, die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und den Aufbau widerstandsfähiger internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten, umfasst.

Gleichzeitig fordern wir, zivile Instrumente der Diplomatie, der Entwicklungszusammenarbeit und einer fairen Handelspolitik, der humanitären Hilfe und der Konfliktprävention, im Rahmen der neuen Strategie deutlich aufzuwerten.

- gegen einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf. Gerade der Ukraine-Krieg zeigt, wie wichtig es ist, am Ziel einer weltweit kontrollierten Abrüstung festzuhalten.

Die Festlegung der Bundesregierung, den deutschen Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken, lehnen wir auch deshalb entschieden ab.

Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, mit dem angekündigten Rüstungsexportkontrollgesetz umgehend für eine deutliche Beschränkung von Waffenexporten zu sorgen.

- für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen. Alle Nuklearmächte modernisieren derzeit ihre Atomwaffenarsenale. Dieser Wahnsinn muss beendet werden! Dabei sehen wir auch die Bundesregierung in der Pflicht: Wir fordern sie auf, an dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands festzuhalten, aus der nuklearen Teilhabe auszusteigen und die Lagerung von Atomwaffen in unserem Land zu beenden.

Das bedeutet für uns auch, dass Deutschland dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten muss.

9
r:

www.911.gov

P

C

M
F
K
a
l

r
g
C
H
a
R

-

S
H
S
S

"I
S
d
g

D
F
C
S

B
h
g
E

r
u
st

D
U

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt